

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE FRANSE GEMEENSCHAP

[C – 2020/20758]

**31 MAART 2020. — Ministerieel besluit tot wijziging van het ministerieel besluit van 30 april 2014 houdende vaststelling van de lijst van de opleidingen die in aanmerking komen voor de professionelen in de audiovisuele sector**

De Minister van Cultuur,

Gelet op het decreet van 10 november 2011 betreffende de ondersteuning van de filmsector en de audiovisuele creatie;

Gelet op het besluit van de Regering van de Franse Gemeenschap van 29 maart 2012 betreffende de steun voor opleiding, gewijzigd op 13 februari 2014;

Gelet op het ministerieel besluit van 30 april 2014 houdende vaststelling van de lijst van de opleidingen die in aanmerking komen voor de professionelen in de audiovisuele sector, gewijzigd op 9 februari 2015, 3 juni 2015, 25 maart 2016, 4 april 2017, 28 maart 2018 en 13 februari 2019;

Gelet op het advies van het Overlegcomité voor de Film en de Audiovisuele Sector van 14 februari 2020,

Besluit :

**Artikel 1.** De bijlage bij het ministerieel besluit van 30 april 2014 houdende vaststelling van de lijst van de opleidingen die in aanmerking komen voor de professionelen in de audiovisuele sector wordt vervangen door de bijlage gevoegd bij dit besluit.

**Art. 2.** Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2020.

Brussel, 31 maart 2020.

B. LINARD

## DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

## COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2020/201879]

## 6. APRIL 2020 — Krisendekret 2020

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

## KAPITEL 1 — Befugnisse des Gemeinderats

**Artikel 1 - § 1 -** Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen können die in Artikel 35 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 erwähnten Befugnisse des Gemeinderats unter den folgenden Bedingungen für eine Dauer von 30 Tagen durch das Gemeindegremium ausgeübt werden:

1. Es handelt sich um Befugnisse des Gemeinderats, die ausschließlich im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des öffentlichen Dienstes dringend wahrgenommen werden müssen.

2. Das Gemeindegremium begründet in seinem Beschluss die äußerste Dringlichkeit sowie die zwingende Notwendigkeit, die den Rückgriff auf die vorliegende Bestimmung rechtfertigen.

3. Das Gemeindegremium übermittelt die anstelle des Gemeinderats gefassten Beschlüsse allen Gemeinderatsmitgliedern binnen einer Frist von zehn Arbeitstagen zur Kenntnisnahme. Die Beschlüsse werden wirkungslos, wenn der Gemeinderat sie binnen einer Frist von drei Monaten nicht bestätigt.

Die gemäß Absatz 1 gefassten Beschlüsse des Gemeindegremiums können bestehende Verordnungen und Beschlüsse des Gemeinderats abändern, vervollständigen, aufheben oder ersetzen. Sie können insbesondere bei Nicht-Beachtung anwendbare Verwaltungsstrafen vorsehen.

Die gemäß Absatz 1 gefassten Beschlüsse des Gemeindegremiums können ohne die gesetzlich, dekretal oder ordnungsmäßig verpflichteten Gutachten oder Stellungnahmen verabschiedet werden.

§ 2 - Die Anwendung von § 1 erfolgt unbeschadet der Bestimmungen des Dekrets vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets.

§ 3 - Die Regierung kann die in § 1 erwähnte Dauer zweimal mittels eines besonders im Hinblick auf die Notwendigkeit begründeten Erlasses um dieselbe Frist verlängern.

Die gemäß Absatz 1 gefassten Beschlüsse der Regierung werden dem Präsidenten des Parlaments unmittelbar nach ihrer Verabschiedung übermittelt. Sie werden wirkungslos, wenn das Parlament sie binnen einer Frist von sechs Monaten nicht bestätigt.

## KAPITEL 2 — Aussetzung von Fristen

**Art. 2 - § 1 -** Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen werden die in den Dekreten und Erlassen der Deutschsprachigen Gemeinschaften bzw. in den Gesetzen und Königlichen Erlassen im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgeführten oder aufgrund derselben Rechtstexte festgelegten verbindlichen Einreichungs-, Bearbeitungs-, Begutachtungs-, Entscheidungs- oder Einspruchsfristen sowie die Dauer eventueller öffentlicher Untersuchungen von Rechtswegen für eine Dauer von 30 Tagen ausgesetzt.

Unbeschadet von Absatz 1 und ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen werden die in Artikel 14 des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen sowie in den Artikeln 2, 5 und 7 des Dekrets vom 9. Dezember 1993 über die Förderung der rationellen Energienutzung, der Energieeinsparungen und der erneuerbaren Energien aufgeführten oder aufgrund dieser Bestimmungen festgelegten Fristen von Rechtswegen für eine Dauer von 30 Tagen ausgesetzt.

§ 2 - In Abweichung von § 1 kann die Regierung ausschließlich im Hinblick auf die Vorbereitung des akademischen oder Schuljahres 2020-2021 bzw. desselben Ausbildungsjahres und mittels einer besonderen Begründung beschließen, bestimmte Fristen nicht auszusetzen.

**Art. 3** - Die Regierung kann für die folgenden Zusammenarbeitsabkommen im gegenseitigen Einverständnis mit der bzw. den anderen zuständigen Regierungen jeweils ein Zusammenarbeitsabkommen abschließen, durch das die dort aufgeführten Fristen von Rechtswegen für eine Dauer von 30 Tagen ausgesetzt werden:

1. das Zusammenarbeitsabkommen vom 2. Februar 2018 zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Koordinierung der Politik in Sachen Arbeitserlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthaltsgenehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer;

2. das Zusammenarbeitsabkommen vom 14. November 2019 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche.

Die gemäß Absatz 1 abgeschlossenen Zusammenarbeitsabkommen werden dem Präsidenten des Parlaments unmittelbar nach ihrer Verabschiedung übermittelt. Sie werden wirkungslos, wenn das Parlament sie binnen einer Frist von sechs Monaten nicht billigt.

**Art. 4** - Die Regierung kann die Dauer der in den Artikeln 2 und 3 erwähnten Aussetzungen jeweils zweimal mittels eines besonders im Hinblick auf die Notwendigkeit begründeten Erlasses um dieselbe Frist verlängern.

Die gemäß Absatz 1 gefassten Beschlüsse der Regierung werden dem Präsidenten des Parlaments unmittelbar nach ihrer Verabschiedung übermittelt. Sie werden wirkungslos, wenn das Parlament sie binnen einer Frist von sechs Monaten nicht bestätigt.

### KAPITEL 3 — *Verpflichtete Gutachten und Stellungnahmen*

**Art. 5** - § 1 - Die Regierung kann für eine Dauer von 30 Tagen mittels einer besonderen Begründung im Hinblick auf die Notwendigkeit und die Dringlichkeit bei der Ausarbeitung von Dekretentwürfen oder Erlassen auf das Einholen von gesetzlich oder dekretal verpflichteten Gutachten oder Stellungnahmen von beratenden Gremien im Sinne von Artikel 19 des Dekrets vom 7. November 2016 zur Harmonisierung der Rechtsgrundlagen der beratenden Gremien in Bezug auf deren Beziehungen zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft verzichten.

Die verpflichteten Vorschläge, Gutachten oder Stellungnahmen von Verwaltungsräten oder anderen Gremien der in Artikel 87 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaften aufgeführten Einrichtungen öffentlichen Interesses gelten ebenfalls als Gutachten oder Stellungnahme im Sinne von Absatz 1.

Die in Artikel 16.4 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung erwähnten Gutachten der Kommunalen Beratungsausschüsse für Kinderbetreuung gelten ebenfalls als Gutachten im Sinne von Absatz 1.

§ 2 - Die Regierung kann die in § 1 erwähnte Dauer zweimal mittels eines besonders im Hinblick auf die Notwendigkeit begründeten Erlasses um dieselbe Frist verlängern.

Die gemäß Absatz 1 gefassten Beschlüsse der Regierung werden dem Präsidenten des Parlaments unmittelbar nach ihrer Verabschiedung übermittelt. Sie werden wirkungslos, wenn das Parlament sie binnen einer Frist von sechs Monaten nicht bestätigt.

### KAPITEL 4 — *Verschiedene Bestimmungen*

**Art. 6** - Bis zum Ende der durch den föderalen Innenminister ergriffenen Maßnahmen zur Verlangsamung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) wird die Vollstreckung aller administrativen Wohnräumungen gemäß Artikel 7 und 172 des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen sowie aller gerichtlichen Wohnräumungen gemäß Artikel 1344ter des Gerichtsgesetzbuches im deutschen Sprachgebiet von Rechtswegen ausgesetzt.

**Art. 7** - Artikel 2 Absatz 4 des Dekrets vom 12. Dezember 2019 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2020 wird wie folgt ersetzt:

“In Anwendung von Artikel 1 § 2 Nummer 4 des Dekrets vom 17. Januar 1994 zur Einrichtung von zusätzlichen Haushaltsfonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden dem Beteiligungs- und Finanzierungsfonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft 10.000.000 Euro der Globaldotation als zweckbestimmte Einnahmen zur Verfügung gestellt.”

**Art. 8** - Ungeachtet der Artikel 21 § 2 Absatz 5 und 24 § 2 Absatz 3 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur können für das Jahr 2020 vollständige Anträge für Infrastruktur- oder Ausstattungszuschüsse spätestens am 1. Dezember bei der Regierung eingereicht werden.

**Art. 9** - Ungeachtet des Artikels 28 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, des Artikels 3.12 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule und des Artikels 41 des Erlasses der Regierung vom 27. Juni 2013 über die Grundausbildung in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen gelten die Abwesenheiten aufgrund der Aussetzung des Unterrichts infolge der Maßnahmen zur Verlangsamung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) als gerechtfertigte Abwesenheiten für alle Schüler, Studenten und Auszubildenden, die in einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Grund-, Sekundar- oder Hochschule oder einem Zentrum für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen eingeschrieben sind.

**Art. 10** - Während der gesamten Laufzeit der im vorliegenden Krisendekret beschlossenen Maßnahmen unterrichtet die Regierung das Parlament im Rahmen eines Austauschs wöchentlich über alle geplanten und umgesetzten Schritte sowie über deren Kosten.

KAPITEL 5 — *Schlussbestimmung*

**Art. 11** - Vorliegendes Dekret tritt mit Wirkung vom 26. März 2020 in Kraft.

In Abweichung von Absatz 1 tritt Artikel 2 § 1 Absatz 2 mit Wirkung vom 18. März 2020 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 6. April 2020

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,  
Minister für Gesundheit und Soziales,  
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,  
Beschäftigung und Medien

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung,  
Forschung und Erziehung

—————  
Fußnote

Sitzungsperiode 2019-2020

Nummerierte Dokumente: 68 (2019-2020) Nr. 1

68 (2019-2020) Nr. 2

68 (2019-2020) Nr. 3

Ausführlicher Bericht: 6. April 2020 - Nr. 10

Dekretvorschlag

Abänderungsvorschlag

Vom Plenum des Parlaments ver-

abschiedeter Text  
Diskussion und Abstimmung

—————  
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/201879]

6 AVRIL 2020. — Décret de crise 2020

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Compétences du conseil communal*

**Article 1<sup>er</sup>.** - § 1<sup>er</sup> - Nonobstant toute disposition contraire, les compétences du conseil communal mentionnées à l'article 35 du décret communal du 23 avril 2018 peuvent être exercées pendant trente jours par le collège communal, et ce, aux conditions suivantes :

1° il s'agit de compétences du conseil communal qui doivent être exercées d'urgence, exclusivement en vue d'assurer la continuité du service public;

2° dans sa décision, le collège communal motive l'extrême urgence ainsi que l'absolue nécessité qui justifie le recours à la présente disposition;

3° le collège communal transmet, pour information, les décisions prises en lieu et place du conseil communal à tous les conseillers communaux dans un délai de dix jours ouvrables. Les décisions deviennent sans effet si le conseil communal ne les confirme pas dans les trois mois.

Les décisions prises par le collège communal conformément au premier alinéa peuvent modifier, compléter, abroger ou remplacer des règlements et décisions adoptés précédemment par le conseil communal. Elles peuvent notamment prévoir des amendes administratives en cas de non-respect.

Les décisions prises par le collège conformément au premier alinéa peuvent être adoptées sans les avis prévus par la loi, le décret ou des règlements.

§ 2 - L'application du § 1<sup>er</sup> intervient sans préjudice des dispositions du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la région de langue allemande.

§ 3 - Le gouvernement peut prolonger deux fois la durée mentionnée au § 1<sup>er</sup> pour la même durée au moyen d'un arrêté spécialement justifié au regard de la nécessité.

Les décisions du Gouvernement prises conformément au premier alinéa sont transmises au Président du Parlement immédiatement après leur adoption. Elles deviennent sans effet si le Parlement ne les confirme pas dans un délai de six mois.

CHAPITRE 2. — *Suspension de délais*

**Art. 2.** - § 1<sup>er</sup> - Nonobstant toute disposition contraire, les délais de rigueur d'introduction, d'examen, d'avis, de décision et de recours mentionnés dans les décrets et arrêtés de la Communauté germanophone ou, selon le cas, dans les lois et arrêtés royaux qui relèvent des compétences de la Communauté germanophone, ou fixés en vertu de ces mêmes textes législatifs ainsi que la durée d'éventuelles enquêtes publiques sont suspendus de plein droit pour une durée de trente jours.

Sans préjudice de l'alinéa 1<sup>er</sup> et nonobstant toute disposition contraire, les délais mentionnés à l'article 14 du Code de l'habitation durable ainsi qu'aux articles 2, 5 et 7 du décret du 9 décembre 1993 relatif à la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie, des économies d'énergie et des énergies renouvelables ou fixés en vertu de ces dispositions sont suspendus de plein droit pour une durée de trente jours.

§ 2 - Par dérogation au § 1<sup>er</sup>, le Gouvernement peut décider de ne pas suspendre certains délais, uniquement en vue de la préparation de l'année scolaire ou académique 2020-2021 ou, selon le cas, de la même année de formation, et ce, moyennant une justification particulière.

**Art. 3.** - Pour les accords de coopération suivants, le Gouvernement peut, de commun accord avec le ou les autres Gouvernements compétents, conclure un accord de coopération respectif par lequel les délais mentionnés dans ces accords sont de plein droit prolongés de trente jours :

1° l'Accord de coopération du 2 février 2018 entre l'État fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant sur la coordination des politiques d'octroi d'autorisations de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi et au séjour des travailleurs étrangers;

2° l'Accord de coopération du 14 novembre 2019 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif à l'exercice des compétences en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes.

Les accords de coopération conclus conformément au premier alinéa sont transmis au Président du Parlement immédiatement après leur adoption. Ils deviennent sans effet si le Parlement ne les confirme pas dans un délai de six mois.

**Art. 4.** - Le gouvernement peut prolonger deux fois la durée des suspensions mentionnées aux articles 2 et 3 pour la même durée au moyen d'un arrêté spécialement justifié au regard de la nécessité.

Les décisions du Gouvernement prises conformément au premier alinéa sont transmises au Président du Parlement immédiatement après leur adoption. Elles deviennent sans effet si le Parlement ne les confirme pas dans un délai de six mois.

#### CHAPITRE 3. — *Avis obligatoires*

**Art. 5.** - § 1<sup>er</sup> - Pour une durée de trente jours et moyennant une justification particulière relative à la nécessité et l'urgence, le Gouvernement peut, lors de l'élaboration de projets de décrets ou d'arrêtés, renoncer à solliciter les avis d'organes consultatifs imposés par la loi ou le décret au sens de l'article 19 du décret du 7 novembre 2016 visant à harmoniser les bases légales des organes consultatifs quant à leurs relations avec le Parlement de la Communauté germanophone.

Les propositions ou avis obligatoires émanant de conseils d'administration ou d'autres organes des organismes d'intérêt public mentionnés à l'article 87 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone sont également considérés comme avis au sens du premier alinéa.

Les avis mentionnés à l'article 16.4 du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, émis par les commissions consultatives communales pour l'accueil d'enfants, sont également considérés comme avis au sens du premier alinéa.

§ 2 - Le gouvernement peut prolonger deux fois la durée mentionnée au § 1<sup>er</sup> pour la même durée au moyen d'un arrêté spécialement justifié au regard de la nécessité.

Les décisions du Gouvernement prises conformément au premier alinéa sont transmises au Président du Parlement immédiatement après leur adoption. Elles deviennent sans effet si le Parlement ne les confirme pas dans un délai de six mois.

#### CHAPITRE 4. — *Dispositions diverses*

**Art. 6.** - Jusqu'à la fin des mesures prises par le Ministre fédéral de l'Intérieur en vue de ralentir la propagation du coronavirus (COVID-19), l'exécution de toutes les expulsions administratives menées conformément aux articles 7 et 172 du Code de l'habitation durable ainsi que de toutes les expulsions judiciaires menées conformément à l'article 1344<sup>ter</sup> du Code judiciaire est suspendue de plein droit en région de langue allemande.

**Art. 7.** - L'article 2, alinéa 4, du décret du 12 décembre 2019 contenant le budget des recettes et le budget général des dépenses de la Communauté germanophone pour l'année budgétaire 2020 est remplacé par ce qui suit :

« En application de l'article 1<sup>er</sup>, § 2, 4<sup>o</sup>, du décret du 17 janvier 1994 portant création de fonds budgétaires supplémentaires de la Communauté germanophone, 10 000 000 d'euros de la dotation globale sont mis à la disposition du Fonds de participation et de financement de la Communauté germanophone sous forme de recettes affectées. »

**Art. 8.** - Nonobstant les articles 21, § 2, alinéa 5, et 24, § 2, alinéa 3, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, les demandes complètes relatives aux subsides d'infrastructure et d'équipement peuvent être introduites au plus tard jusqu'au 1<sup>er</sup> décembre auprès du Gouvernement.

**Art. 9.** - Nonobstant l'article 28 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, l'article 3.12 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome et l'article 41 de l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013 relatif à la formation de base dans la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, les absences dues à la suspension des cours à la suite des mesures prises en vue de ralentir la propagation du coronavirus (COVID-19) sont considérées comme des absences justifiées pour tous les élèves, étudiants et apprentis qui sont inscrits dans une école fondamentale, secondaire ou supérieure organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone ou dans un centre de formation et de formation continue dans les classes moyennes et les PME.

**Art. 10.** - Pendant toute la durée des mesures adoptées dans le présent décret de crise, le Gouvernement informe chaque semaine le Parlement, par le biais d'un échange d'informations, de toutes les actions planifiées et mises en œuvre ainsi que de leurs coûts.

CHAPITRE 5. — *Disposition finale*

**Art. 11.** - Le présent décret produit ses effets le 26 mars 2020.

Par dérogation au premier alinéa, l'article 2, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, produit ses effets le 18 mars 2020.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 6 avril 2020.

O. PAASCH

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,  
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS

La Ministre de la Culture et des Sports,  
de l'Emploi et des Médias

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Éducation  
et de la Recherche scientifique

---

Note

Session 2019-2020

Documents parlementaires : 68 (2019-2020) n° 1

68 (2019-2020) n°s 2 Proposition d'amendement

68 (2019-2020) n° 3

Compte rendu intégral : 6 avril 2020 - n° 10

Proposition de décret

Texte adopté en séance plénière

Discussion et vote

---

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/201879]

6 APRIL 2020. — Crisisdecreet 2020

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Bevoegdheden van de gemeenteraad*

**Artikel 1.** - § 1 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen kunnen de bevoegdheden van de gemeenteraad vermeld in artikel 35 van het Gemeentedecreet van 23 april 2018 onder de volgende voorwaarden gedurende een periode van dertig dagen uitgeoefend worden door het gemeentecollege :

1° het gaat uitsluitend om bevoegdheden van de gemeenteraad die dringend moeten worden uitgeoefend om de continuïteit van de openbare dienstverlening te garanderen;

2° het gemeentecollege rechtvaardigt in zijn beslissing waarom het uiterst dringend en dwingend noodzakelijk is om terug te grijpen op deze bepaling;

3° het gemeentecollege zendt de in de plaats van de gemeenteraad genomen beslissingen binnen een termijn van tien werkdagen ter informatie over aan alle gemeenteraadsleden. De beslissingen houden op gevolg te hebben als de gemeenteraad ze niet binnen een termijn van drie maanden bevestigt.

De beslissingen die het gemeentecollege overeenkomstig het eerste lid heeft genomen, kunnen bestaande verordeningen en beslissingen van de gemeenteraad wijzigen, aanvullen, opheffen of vervangen. Zij kunnen met name in geval van niet-naleving in administratieve sancties voorzien.

De beslissingen die het gemeentecollege overeenkomstig het eerste lid heeft genomen, kunnen worden aangenomen zonder dat de wettelijk, decretaal of reglementair voorgeschreven adviezen worden ingewonnen.

§ 2 - § 1 is van toepassing onverminderd de bepalingen van het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied.

§ 3 - De Regering kan de in § 1 vermelde duur twee keer voor dezelfde termijn verlengen bij een besluit waarbij in het bijzonder de noodzaak wordt verantwoord.

Onmiddellijk nadat ze zijn aangenomen, worden de overeenkomstig het eerste lid genomen beslissingen van de Regering overgezonden aan de voorzitter van het Parlement. Ze houden op gevolg te hebben als het Parlement ze niet binnen een termijn van zes maanden bevestigt.

HOOFDSTUK 2. — *Opschorting van termijnen*

**Art. 2.** - § 1 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen worden de dwingende termijnen inzake indiening, behandeling, adviesverlening of beslissing, de dwingende beroepstermijnen, alsook de duur van eventuele openbare onderzoeken die in de decreten en besluiten van de Duitstalige Gemeenschap, respectievelijk in de wetten en koninklijke besluiten binnen het bevoegdheidsterrein van de Duitstalige Gemeenschap worden vermeld of krachtens die rechtsteksten zijn vastgelegd, van rechtswege voor een duur van dertig dagen opgeschort.

Onverminderd het eerste lid en ongeacht alle andersluidende bepalingen worden de termijnen die in artikel 14 van het Wetboek van duurzaam wonen, alsook in de artikelen 2, 5 en 7 van het decreet van 9 december 1993 betreffende de bevordering van rationeel energiegebruik, energiebesparingen en hernieuwbare energieën worden vermeld of krachtens die bepalingen zijn vastgelegd, van rechtswege voor een duur van dertig dagen opgeschort.

§ 2 - In afwijking van § 1 kan de Regering op basis van een bijzondere motivering beslissen om bepaalde termijnen niet op te schorten en dit uitsluitend voor de voorbereiding van het academie-, school- of opleidingsjaar 2020-2021.

**Art. 3.** - Voor elk van de volgende samenwerkingsakkoorden afzonderlijk kan de Regering, in onderling overleg met de andere bevoegde regering(en), een samenwerkingsakkoord sluiten om de daarin vermelde termijnen van rechtswege voor een duur van dertig dagen op te schorten :

1° het Samenwerkingsakkoord van 2 februari 2018 tussen de Federale Staat, het Waals Gewest, het Vlaams Gewest, het Brussels Hoofdstedelijk Gewest en de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de coördinatie tussen het beleid inzake de toelatingen tot arbeid en het beleid inzake de verblijfsvergunningen en inzake de normen betreffende de tewerkstelling en het verblijf van buitenlandse arbeidskrachten;

2° het Samenwerkingsakkoord van 14 november 2019 tussen het Waals Gewest en de Duitstalige Gemeenschap over de uitoefening van de bevoegdheden inzake ruimtelijke ordening en bepaalde aanverwante materies.

Onmiddellijk nadat ze zijn aangenomen, worden de overeenkomstig het eerste lid gesloten samenwerkingsakkoorden overgezonden aan de voorzitter van het Parlement. Ze houden op gevolg te hebben als het Parlement er binnen een termijn van zes maanden geen instemming mee verleent.

**Art. 4.** - De Regering kan elke in de artikelen 2 en 3 vermelde opschorting twee keer voor dezelfde termijn verlengen bij een besluit waarbij in het bijzonder de noodzaak daartoe wordt verantwoord.

Onmiddellijk nadat ze zijn aangenomen, worden de overeenkomstig het eerste lid genomen beslissingen van de Regering overgezonden aan de voorzitter van het Parlement. Ze houden op gevolg te hebben als het Parlement ze niet binnen een termijn van zes maanden bevestigt.

### HOOFDSTUK 3. — *Verplichte adviezen en standpuntbepalingen*

**Art. 5.** - § 1 - De Regering kan voor een duur van dertig dagen, op basis van een bijzondere motivering betreffende de noodzaak en de spoedeisendheid, bij de uitwerking van ontwerpen van decreet of besluit afzien van het inwinnen van wettelijk of decretaal verplichte adviezen of standpuntbepalingen van adviesorganen in de zin van artikel 19 van het decreet van 7 november 2016 tot harmonisatie van de rechtsgronden van de adviesorganen in hun relaties met het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

De verplichte voorstellen, adviezen of standpuntbepalingen van raden van bestuur of andere organen van de in artikel 87 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap vermelde instellingen van openbaar nut worden ook beschouwd als adviezen of standpuntbepalingen in de zin van het eerste lid.

De adviezen van de gemeentelijke adviescommissies inzake kinderopvang vermeld in artikel 16.4 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang worden ook beschouwd als adviezen in de zin van het eerste lid.

§ 2 - De Regering kan de in § 1 vermelde duur twee keer voor dezelfde termijn verlengen bij een besluit waarbij in het bijzonder de noodzaak wordt verantwoord.

Onmiddellijk nadat ze zijn aangenomen, worden de overeenkomstig het eerste lid genomen beslissingen van de Regering overgezonden aan de voorzitter van het Parlement. Ze houden op gevolg te hebben als het Parlement ze niet binnen een termijn van zes maanden bevestigt.

### HOOFDSTUK 4. — *Diverse bepalingen*

**Art. 6.** - De uitvoering van alle administratieve beslissingen waarbij een uithuiszetting wordt bevolen overeenkomstig de artikelen 7 en 172 van het Wetboek van duurzaam wonen en van alle gerechtelijke beslissingen waarbij een uithuiszetting wordt bevolen overeenkomstig artikel 1344ter van het Gerechtelijk Wetboek wordt in het Duitse taalgebied van rechtswege opgeschort tot het einde van de maatregelen die de federale Minister van Binnenlandse Zaken heeft genomen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) te beperken.

**Art. 7.** - Artikel 2, vierde lid, van het decreet van 12 december 2019 houdende de begroting van de ontvangsten en de algemene begroting van de uitgaven van de Duitstalige Gemeenschap voor het begrotingsjaar 2020 wordt vervangen als volgt:

“Met toepassing van artikel 1, § 2, 4°, van het decreet van 17 januari 1994 houdende inrichting van bijkomende begrotingsfondsen van de Duitstalige Gemeenschap wordt 10.000.000 euro van de globale dotatie ter beschikking gesteld van het participatie- en financieringsfonds van de Duitstalige Gemeenschap als toegewezen ontvangsten.”

**Art. 8.** - Ongeacht artikel 21, § 2, vijfde lid, en artikel 24, § 2, derde lid, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur kunnen voor het jaar 2020 uiterlijk tot 1 december volledige aanvragen voor infrastructuur- of uitrustingssubsidies ingediend worden bij de Regering.

**Art. 9.** - Ongeacht artikel 28 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, artikel 3.12 van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool en artikel 41 van het besluit van de Regering van 27 juni 2013 betreffende de basisopleiding in het kader van de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de KMO's worden de afwezigheden wegens de opschorting van de lessen naar aanleiding van de maatregelen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) te beperken, beschouwd als gewettigde afwezigheden voor alle leerlingen, studenten en op te leiden personen die ingeschreven zijn in een van de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde scholen voor lager, secundair of hoger onderwijs of in een centrum voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's.

**Art. 10.** - Zolang de maatregelen die bij dit crisisdecreet werden besloten, van kracht zijn, houdt de Regering het Parlement wekelijks in het kader van een uitwisseling op de hoogte van de door haar geplande en ondernomen stappen, alsook van de daarmee gepaard gaande kosten.

## HOOFDSTUK 5. — Slotbepaling

**Art. 11.** - Dit decreet heeft uitwerking met ingang van 26 maart 2020.

In afwijking van het eerste lid heeft artikel 2, § 1, tweede lid, uitwerking met ingang van 18 maart 2020.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 6 april 2020.

O. PAASCH

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS

De Minister van Cultuur en Sport,

Werkgelegenheid en Media

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs

en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2019-2020

Parlementaire stukken : 68 (2019-2020) Nr. 1

68 (2019-2020) Nr. 2

68 (2019-2020) Nr. 3

Integraal verslag : 6 april 2020 - Nr. 10

Voorstel van decreet

Voorstel tot wijziging

Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Bespreking en aanneming

## REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

## SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[C – 2020/20783]

**8 AVRIL 2020. — Arrêté du Gouvernement wallon de pouvoirs spéciaux n° 13 relatif au délai pour rendre les rôles exécutoires prévu par l'article L3321-4 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation**

Le Gouvernement wallon,

Vu l'article 39 de la Constitution;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, telle que modifiée, article 6;

Vu le décret du 17 mars 2020 octroyant des pouvoirs spéciaux au Gouvernement wallon dans le cadre de la crise sanitaire du Covid-19;

Considérant que la crise sanitaire exceptionnelle liée au COVID-19 que connaît aujourd'hui la Belgique et les mesures, actuelles et à venir, prises pour limiter la propagation du virus dans la population sont de nature à ralentir toute forme d'activité sur le territoire de la Région wallonne, voire à paralyser certains services;

Considérant qu'elle est de nature à affecter le bon fonctionnement des différents services publics et notamment les pouvoirs locaux;

Considérant qu'en vertu de l'article 1<sup>er</sup> du décret du 17 mars 2020 octroyant des pouvoirs spéciaux au Gouvernement wallon dans le cadre de la crise sanitaire du COVID-19, le Gouvernement est compétent pour prendre toutes les mesures utiles pour prévenir et traiter toute situation qui pose problème dans le cadre strict de la pandémie COVID-19 et de ses conséquences et qui doit être réglée en urgence sous peine de péril grave;

Considérant que l'arrêté du 18 mars 2020 du Gouvernement wallon de pouvoirs spéciaux n° 2 relatif à la suspension temporaire des délais de rigueur et de recours dit que « *Les délais de rigueur et de recours fixés par les décrets et règlements de la Région wallonne ou pris en vertu de ceux-ci ainsi que ceux fixés dans les lois et arrêtés royaux relevant des compétences de la Région wallonne en vertu de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980, sont suspendus à partir du 18 mars 2020 pour une durée de 30 jours prorogeable deux fois pour une même durée par un arrêté par lequel le gouvernement en justifie la nécessité au regard de l'évolution des conditions sanitaires.* »;

Considérant que l'article L 3321-4 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation prévoit que : « *Les rôles sont arrêtés et rendus exécutoires au plus tard le 30 juin de l'année qui suit l'exercice par :*

– *le collège communal, pour les taxes communales;*

– *le collège provincial, pour les taxes provinciales.* »;

Considérant qu'au vu de la crise sanitaire sans précédent à laquelle la Région wallonne et la Belgique toute entière sont confrontées, il ne peut être exclu que le délai du 30 juin 2020 pour rendre le rôle d'une taxe 2019 exécutoire ne soit pas respecté;

Considérant que dans les circonstances actuelles, le personnel des pouvoirs locaux utile pour effectuer le travail de confection des rôles est fortement réduit et que, à ces difficultés peut aussi s'ajouter le manque de transmission des données indispensables à ce travail, lesquelles doivent être fournies par d'autres autorités publiques;

Considérant que ces difficultés peuvent mettre à mal le travail de la confection des rôles, celui de les rendre exécutoires par l'autorité compétente en respectant la date du 30 juin 2020 et, dès lors, de rendre impossible la perception de certaines taxes de l'exercice 2019;

Qu'il convient aujourd'hui de régler dans l'urgence et sans attendre, le report de cette date du 30 juin 2020; qu'à défaut, la perception des recettes risque d'être compromise, ce qui pourrait être catastrophique pour l'état des finances des pouvoirs locaux déjà lourdement impactées par la pandémie;